

ist, sobald der Entwicklung der menschlichen Kräfte freier Spielraum gegeben ist. Eine gleichmäßige und ausgleichende Vertheilung der Arbeitskräfte über ganz Deutschland wird das zweckdienlichste Mittel sein, um unserm gedrückten Handwerkerstande auf die Dauer aufzuhelfen. Da aber erst im Verlaufe längerer Zeit die Wirkung hiervon eintreten kann, so werden zum Schutze der Handwerker in einzelnen deutschen Staaten noch andere, sofort helfende Maassregeln ergriffen werden müssen, was den Regierungen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muß. (Fortf. folgt.)

Deutschland.

S Paderborn, 1. März. Die heute hier stattgefundene Wahl eines zweiten Abgeordneten für die erste Kammer, an die Stelle des Herrn Bank-Directors Hansemann, welcher das Mandat für Düsselford angenommen hat, fiel auf Herrn Justiz-Minister Rintelen in Berlin.

Berlin, 26. Februar. Ueber die Feierlichkeiten bei der Eröffnung der Kammern durch den König lesen wir in der „Köln-Zeit.“ noch folgendes:

Um halb 12 Uhr verkündet ein Zeichen die Annäherung des Königs. Se. Majestät, geleitet von den Marschällen und gefolgt vom Prinzen von Preußen und den sämmtlichen hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses wird mit einem allseitigen dreimaligen donnernden Lebehoch empfangen, aus dem sich ein unbeschreibliches Gefühl inniger warmer Anhänglichkeit unverkennbar macht. Die Scene hat auf Augenblicke etwas überaus Erhebendes, Ermuthigendes, das seinen Eindruck nicht zu verkennen scheint. Der König, der inzwischen auf dem Throne Platz genommen, trägt, so wie die Prinzen seines Hauses, ebenfalls die Generals-Uniform. Seinen Kopf bedeckt ein goldstrahlender Helm, auf dem ein silberner Adler prangt. Bei Verlesung der vom Grafen Brandenburg überreichten Thronrede bleibt der König ernst, gemessen, anscheinend fast kalt. Seine Stimme verräth nur einmal einen erhöhten Affect; er gilt den Worten: „Preußen darf mit Zuversicht auf sein Heer blicken, dessen Organisation, Kriegstüchtigkeit u. Hingebung sich unter ernstesten Prüfungen bewährt haben,“ und einer zweiten Stelle: „Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der deutschen National-Versammlung in Frankfurt ist angebahnt“, welche Stellen mit scharf gesteigerten Accent hervorgehoben werden. Außerdem haben die gesprochenen Worte der Thronrede nichts, was sie sonderlich auszeichnete oder das Ohr mehr als das eigene Auge anspräche. Als der König geendet, erklärte der Minister-Präsident die Kammern für eröffnet und forderte die Versammlung auf, sich in ihre verschiedenen Sectionen zu constituiren, bedauernd, daß die Localien für die beiden Versammlungen, trotz alles angewandten Fleißes, augenblicklich noch nicht so weit hergestellt wären, um die Herrn Abgeordneten sofort aufzunehmen, was erst morgen oder übermorgen der Fall sein dürfte. Der König erhob sich hierauf vom Throne und verließ unter wiederholtem dreimaligen donnerndem Lebehoch mit seinem Gefolge den Saal. Der lang ersehnte Act war hiermit geschlossen. Viele Deputirte wurden draußen vom Volke mit Jubel begrüßt. Eine lange Wagenburg von Equipagen aller Art nahm eine große Zahl von denselben auf. Die übrigen wanderten bescheidenen Fußes nach Hause. Bald schlossen sich wieder die Gitter.

Berlin, 26. Februar. Eine große Anzahl von Abgeordneten der zweiten Kammer hat sich rückstichtlich ihrer Stellung zur Verfassung gestern über nachstehende Erklärung geeinigt:

Die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer betrachten folgende Grundsätze als unerläßlich für eine gedeihliche Lösung der ihnen gestellten Aufgabe:

1. Sie erkennen die Verfassung vom 5. December v. J. als rechtsgültiges Grundgesetz der preussischen Staaten an und verpflichten sich, zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im §. 112. daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen.

2. Bei Revision der Verfassung werden sie unabänderlich festhalten an dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern.

Auf diesen Grundlagen fußend widmen sie sich mit voller Hingebung der Förderung aller wahren Interessen des Volkes.

In diesem Sinn werden sie auch die Fragen erörtern, die in Bezug auf die ländlichen und Gewerbeverhältnisse ihre Erledigung erwarten.

*** Frankfurt, 23. Febr.** In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurden die §§. 5 bis 10 des Wahlgesetzes in nachstehender Fassung angenommen:

§. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte (§. 2., 3.) Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens 3 Jahren einem deutschen Staate angehört hat. Erständene oder durch Begnadigung erlassene Strafen

wegen politischer Vergehen schließen von der Wahl in das Volkshaus nicht aus.

§. 6. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubes.

§. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diesen soll die Stadt Lübeck beigezählt werden. Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit anderen Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A.) zur Bildung von Wahlkreisen zusammenggelegt.

§. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

*** Frankfurt, 26. Februar.** In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung richtete der Abgeordnete Clemens von Bonn nachstehende Interpellation an das Reichsministerium. In Erwägung, daß dasselbe durch öffentliche Blätter, namentlich durch die frankfurter Zeitung, beschuldigt worden sei, den Namen des Reichsverwerfers mißbraucht zu haben, und in fernerer Erwägung, daß für den Fall der Bestätigung, das Ministerium weder das Vertrauen der Versammlung, noch das der Nation länger besitzen könne, frage er: 1) ob das Reichsministerium eine schriftliche Erklärung der Unwahrheit vom Reichsverwerfer verlangt; 2) ob es eine solche Antwort erhalten habe, und 3) ob es geneigt sei, dem Hause die nöthige Aufklärung über den Thatbestand zu ertheilen.

Reichs-Minister-Präsident v. Sager n befragte augenblicklich die Tribüne und sprach: Das Reichs-Ministerium weist die Beschuldigung, den Namen Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverwerfers mißbraucht zu haben, **als eine Verläumdung**, zurück (Bravo). Es ist keine Thatfache angeführt worden, und es hat keine angeführt werden können, welche eine solche Beschuldigung zu rechtfertigen vermöchte. Die Thatfachen, von denen es sich handeln kann, sind folgende: Es wurden von Fürsten oder von Bevollmächtigten mehrerer Regierungen Erklärungen beim Reichsministerium in Bezug auf die Oberhauptsfrage abgegeben. Die erste wurde im Namen des Großherzogs von Baden überreicht. Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverwerfer hat selbst den Anlaß zur Beantwortung dieser Adresse gegeben; er hat sich über den Inhalt der Antwort bestimmt gegen den Unterstaats-Secretair v. Biegeleben ausgesprochen und dieser hat die Antwort Se. Kaiserlichen Hoheit dem Reichsverwerfer mitgetheilt, worauf dieselbe dann so, wie sie vorgelegt worden, abging. Nach der badischen Erklärung kamen Noten von Sachsen-Weimar, Braunschweig und dem Großherzogthum Hessen. Auch darauf sind Antworten Namens des Reichsverwerfers erfolgt; sie haben demselben ebenfalls vorgelegen und er hat sie dem Reichs-Ministerium ohne Bemerkung zurückgegeben. Nach diesen kam noch eine ganze Reihe von Eingaben und Adressen anderer Staaten an das Reichs-Ministerium; auf diese ist jedoch keine Antwort erfolgt, weder im Namen des Reichsverwerfers noch von dem Reichs-Ministerium. Damit ich aber nicht bloß die Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit sage: es ist richtig, daß auf einige dieser Mittheilungen Antwortschreiben in der Kanzlei vorbereitet waren. Aber daß diese auf ein Verbot oder eine Andeutung Se. Kaiserl. Hoheit nicht abgegangen, ist unwahr; sondern ich hatte diese Antworten nicht unterzeichnet, weil ich glaubte, daß sie den Werth für die Empfänger verlieren würden, wenn sie nicht im Namen des Reichsverwerfers könnten ertheilt werden. (Hört! hört!)

Dies ist der ganze, ausführliche Sachverhalt. Daß es dem Reichs-Ministerium darauf ankam, die Wahrheit dieser Thatfachen aus der lautersten und kompetentesten Quelle bestätigt zu erhalten, nachdem die entgegenstehenden Verläumdungen ausgesprochen waren, versteht sich von selbst. Es hat also allerdings ein Schriftwechsel zwischen Se. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverwerfer und dem Ministerium statt gehabt. Der sowohl mündliche als schriftliche Verkehr zwischen Se. Kaiserl. Hoheit und dem Reichs-Ministerium gehört nicht vor die Öffentlichkeit, so lange das Reichs-Ministerium das Vertrauen Se. Kaiserl. Hoheit besitzt. Der Reichsverwerfer hat aber das Reichs-Ministerium autorisirt, bei seiner Erklärung das größte Gewicht auf das bestehende gute Einvernehmen zwischen Se. Kaiserl. Hoheit und den Ministern zu legen. (Bravo!) Se. Kaiserliche Hoheit haben die hohe Stellung des Reichsverwerfers über den politischen Parteikämpfen in den Verwicklungen der letzten Zeit unverändert zu wahren gewußt. (Lauter Beifall auf allen Seiten.)

München, 24. Februar. Heute hält der hiesige Arbeiterverein ein Bankett zur Feier des Jahrestages der Französischen Februar-Revolution. Die Behörden scheinen diesem Bankette nicht gleichgültig zusehen zu wollen und haben für die Möglichkeit, die es herbeiführen